

Prof. Dr. Gerhard Wegner

Wege aus der Prekarität

Gliederung:

1. Leitgedanke
2. Teilhabegerechtigkeit
3. Prekäre Beschäftigung und Armutsbedrohung
4. Wie ist es dazu gekommen?
5. Wege aus der Prekarität
6. Schlussgedanke

1. Leitgedanke

Leitgedanke

Prekär Beschäftigte tragen die Last der wachsenden sozialen Ungleichheit in besonders deutlicher Weise. Sie werden Risiken ausgesetzt, die sie allein nicht schultern können und sind in einem überdurchschnittlichem Ausmaß von Armut bedroht.

Im Sinne des Leitbildes der Teilhabegerechtigkeit braucht es eine neue Form eines „sozialen Lastenausgleichs“, um Wege aus der Prekarität bahnen zu können. Dazu sind arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen neben zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nötig, um mehr Solidarität zu schaffen.

2. Teilhabegerechtigkeit

Das Leitbild der Teilhabegerechtigkeit:

- Die Gesellschaft ist eine Kooperationsgemeinschaft, an der alle Menschen teilhabend und teilgebend beteiligt sein sollen.
- Sie funktioniert dann gerecht, wenn jede und jede mit seinen „Gaben“ an dieser Kooperation beteiligt wird.
- „Gaben“ sind treuhänderisch zu verwaltende Güter.
- Ungleichheiten sind nur soweit legitim, wie sie für Leistungseffekte sorgen, die allen – insbesondere den Schwächsten – nützen.
- Auch wirtschaftlicher Wettbewerb muss im Endeffekt allen zugute kommen, den Schwächeren überproportional.
- Gesellschaftliche Risiken müssen von allen im Verhältnis zu ihren Möglichkeiten getragen werden.

2. Teilhabegerechtigkeit

Entscheidend ist in dieser Sichtweise, dass Menschen über eine Beschäftigung verfügen können, die ihnen eine eigene, angemessene Existenz sichert. Nur dann sind sie zur vollen Teilhabe (und Teilgabe) in der Lage.

Durch prekäre Beschäftigungen wird jedoch der klassische Grundsatz, dass das Einkommen aus Vollzeitarbeit ausreichen sollte, um eine Familie oder zumindest die eigene Existenz sichern zu können, zunehmend in Frage gestellt.

3. Das Ausmaß atypischer Beschäftigung

- Geringfügige Beschäftigungen (14,4 %)
- Midi-Jobs (3,7 %)
- Leiharbeit (1,8 %)
- Befristet Beschäftigte (9,3 %)
- Selbstständige ohne Mitarbeiter (6,9 %)

Insgesamt: 36,1% aller Beschäftigten (in 2009)

Allen Bereiche wachsen seit 20 Jahren.

(Dazu: 26,5% aller Beschäftigten arbeiten in Teilzeit).

3. Die Entwicklung prekärer Beschäftigung

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ist erheblich gestiegen:

Er lag in 1995 in Deutschland insgesamt bei 15 % aller abhängig Beschäftigten,

2009 erreichte er etwa 22 % (= ca. 6.9 Millionen Beschäftigte).

Die Zunahme in diesem Zeitraum liegt bei etwa 50%.

Gut jeder 5. Arbeitnehmer arbeitet heute in diesem Bereich.

Vergleich: USA etwa jeder 4. Arbeitnehmer.

3. Kennzeichen von Prekarität

- Einkommen liegt unterhalb der Armutsgrenze
- Mangelnde Integration in soziale Sicherung (Rente)
- Mangelnde Beschäftigungsstabilität
- Ungünstige Beschäftigungsfähigkeit

Atypisch Beschäftigte sind von all diesen Faktoren deutlich mehr betroffen als Menschen im „Normalarbeitsverhältnis“.

3. Das Ausmaß von Prekarität

- Etwa 50 % der atypisch Beschäftigten bezieht einen Niedriglohn. (NAV: 11 %) Besonders häufig bei geringfügiger Beschäftigung und Leiharbeit.
- Der Niedriglohnsektor umfasst heute etwa 20 % aller abhängig Beschäftigten.
- Je länger eine atypische Beschäftigung dauert, desto größer ist das spätere Prekaritätsrisiko im Alter (Altersarmut).
- Die Beschäftigungsstabilität ist besonders bei Leiharbeit problematisch.
- Es gibt große Probleme beim Zugang zu betrieblich-beruflicher und anderen Formen der Bildung und Weiterbildung.

3. Sozialer Aufstieg?

Prekäre Beschäftigungssituationen *könnten* als vorübergehende Brücke in ein gesichertes Verhältnis gerechtfertigt werden.

Tatsächlich aber gelangen überdurchschnittlich viele befristet Beschäftigte und Leiharbeiter wieder in vergleichbar unsichere Beschäftigungsformen. Nur 15 % der Befristeten und 17 % der Leiharbeiter erreichen ein NAV – fast die Hälfte wird arbeitslos.

Demgegenüber bleiben Menschen in einem NAV – oder es gelingt ihnen nach Verlust des Arbeitsplatzes wieder, ein NAV zu erhalten (41 %).

Mithin ist der Arbeitsmarkt deutlich gespalten. Die Teilung der Menschen in SGBII- und SGBIII Klienten unterstützt dies.

3. Bedrohung durch Armut

Armutsgefährdung 2008:

- Erwerbstätige insgesamt: 6,2 %
- NAV: 3,2 %
- Leiharbeitnehmer: 8,5 %
- Selbstständige ohne Mitarbeiter: 10,3 %
- atypisch Beschäftigte: 14,3%
- befristet Beschäftigte: 16,5%
- Geringfügig Beschäftigte: 23,2%

Stundenlöhne Niedriglohn:

West: 7,09 Euro, Ost: 5,38 Euro (2009)

3. Wer ist besonders betroffen?

Struktur der Niedriglohnbeschäftigten (2009):

- 67,7 % der Betroffenen sind Frauen, 32,3 % Männer
- 69,6 % haben eine abgeschlossene Berufsausbildung (9,6 % Universität / FH)
- 20,8 % haben keine Berufsausbildung

3. Altersarmut

Verbunden mit der allgemeinen Absenkung des Rentenniveaus führt die Ausdehnung des Niedriglohnsektors dazu, dass selbst eine Vollzeitbeschäftigung von 45 Jahren zu einem gedachten Mindestlohn von 7,50 Euro zu einer Rente unterhalb der Grundsicherungsschwelle führt.

Auch eine mühsam angesparte Riester-Rente (o.ä.) nützt dann nichts, da sie angerechnet wird.

4. Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen?

Der Trend zur Zunahme prekärer Beschäftigungen ist Teil einer Entwicklung, in der gesellschaftliche Risiken immer deutlicher auf die am Arbeitsmarkt Schwächsten umverteilt wurden.

Insbesondere der in den letzten 20 Jahren erheblich verschärfte weltweite Wettbewerb wurde als Druck auf die Löhne und zu erhöhten Flexibilitätserwartungen an die Unternehmen umgesetzt. Das führt zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

Verantwortlich ist der Staat, da er durch die Lockerung von Schutzregeln zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Dann aber auch die Unternehmen, die sich der Verpflichtung entledigen, auch geringer Qualifizierte zu beschäftigen.

4. Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen?

Tatsächlich haben wir es mit einer schon länger anhaltenden Entwicklung zu tun, in der sich die deutsche Gesellschaft faktisch immer mehr mit wachsender Arbeitslosigkeit und Armutsbedrohung abgefunden hat. Dazu zählt auch die (politische und ökonomische) Strategie, die Massenkaukraft in Deutschland stagnieren und die Kapitaleinkünfte und höchsten Einkommen steigen zu lassen.

Was die Arbeitslosigkeit anbetrifft, hat sich dies nun seit einigen Jahren geändert. Das ist positiv zu sehen. Allerdings sieht es bisher nicht so aus, dass sich die Risikoverteilung zu Lasten der prekär Beschäftigten ändern würde. Hier stehen nun Reformen auf der Tagesordnung!

5. Wege aus der Prekarität Beschäftigungsversicherung

Grundsätzlich:

Der gesamte Bereich der ungesicherten und schlecht bezahlten Beschäftigung muss in den Blick der politischen und auch unternehmerischen Gestaltung kommen. Es gilt, ihn als Ganzen zu stabilisieren und sozial zu gestalten. Dabei greifen verschiedene Maßnahmen ineinander.

Dabei ist realistischerweise nicht zu erwarten, dass der Flexibilisierungsdruck geringer werden wird.

5. Wege aus der Prekarität Beschäftigungsversicherung

- Gesellschaftlich erzeugte Risiken müssen solidarisch getragen werden. Sie können nicht den Schwächsten aufgeladen werden.
- Sofern sich die Flexibilitätsanforderungen nicht verringern werden, muss deswegen für stärkere soziale Sicherheit gesorgt werden (Flexicurity).
- Es braucht deswegen den Übergang zu einer umfassenden Beschäftigungsversicherung (statt einer Arbeitslosenversicherung). Die Beschäftigungsversicherung würde sicherstellen, dass Übergänge sinnvoll genutzt werden können.

5. Wege aus der Prekarität

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne würden das Einkommensgefälle nach unten deutlich stabilisieren.

Das ist nötig, um den gesamten Bereich zu stabilisieren. Das Gegenargument, dass dadurch die Beschäftigungschancen für falsch Qualifizierte geringer werden würden, greift nicht, da dieser Kreis schon jetzt keine Chancen hat.

Gleichwohl schützen Mindestlöhne nicht allein vor Armut. Es braucht zudem ein funktionierendes Tarifgefüge.

5. Wege aus der Prekarität Risikozuschläge

Beschäftigungsverhältnisse, die besonderen Risiken ausgesetzt sind (Leiharbeiter, befristete Arbeitsverhältnisse) sollten für den Arbeitgeber teurer sein als NAVs. (Beispiel: Zeitarbeitskräfte in Frankreich).

Zumindest muss aber der Grundsatz gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

5. Wege aus der Prekarität Teilhabe an Weiterbildung

Prekär Beschäftigte müssen ein ausübbares Recht auf Teilnahme an betrieblicher oder sonstiger Weiterbildung bekommen. Sie müssen zur Teilnahme hieran auch ermutigt werden.

Keine befristete Beschäftigung ohne eine zusätzliche Qualifikationschance auf oder neben der Arbeit! Hier braucht es eine neue Unternehmenskultur der Förderung.

5. Wege aus der Prekarität Einführung einer Bürgerrente

Sollte es nicht gelingen, das heutige Rentensystem armutsfest zu machen, so muss über die Entkopplung von Rente und Beschäftigung nachgedacht werden.

Andere Modelle sehen eine Rente nach Mindestbeitragszeiten vor.

5. Wege aus der Prekarität Begrenzungen der Befristungen

Die Möglichkeit zu Befristungen ist jüngst noch einmal ausgedehnt worden. An ihr bestehen große Flexibilitätsinteressen seitens der Wirtschaft.

Möglichkeiten der Regulierung wären:

Entweder die generelle Abschaffung der sachgrundlosen Befristung oder aber die Pflicht der Umwandlung nach einer bestimmten Zeit an Jahren.

Realistisch?

5. Wege aus der Prekarität Abschaffung der Mini-Jobs

Die Minijobs stellen eine gut zugängliche Möglichkeit der flexiblen Beschäftigung dar. Sie waren einmal als Möglichkeit für Zusatzverdienste gedacht, sind aber heute für nicht wenige Menschen von grundlegender Bedeutung.

Grundsätzlich muss gelten:

Alle Beschäftigungsformen sollten hinsichtlich ihrer Sozialversicherungs- und Steuerpflicht gleich behandelt werden.

5. Wege aus der Prekarität Beteiligung vor Befähigung

Schließlich noch ein Ausblick:

Für einen nicht kleinen Teil der betroffenen Menschen ist der Zugang zu einer sinnvollen Beschäftigung aufgrund verschiedener Faktoren ohne wirkliche Unterstützung und Ermutigung so gut wie unmöglich geworden.

Hier braucht es eine tatkräftige ermutigende Unterstützung und die Teilhabe an sinnvollen Beschäftigungsformen. Das Ziel der Integration darf nicht aus dem Blick geraten, der Fokus muss stärker auf die Stabilisierung gelegt werden.

Es gilt: Beteiligung von Befähigung

6. Schlussgedanke

„Es ist also nicht richtig, dass Menschen mit größeren natürlichen Gaben und dem überlegenen Charakter, der ihre Entwicklung ermöglichte, ein Recht auf ein System der Zusammenarbeit hätten, das ihnen die Erlangung weiterer Vorteile auf Weisen gestattet, die anderen keine Vorteile bringen. Man hat seinen Platz in der Verteilung der natürlichen Gaben ebenso wenig verdient wie seine Ausgangsposition in der Gesellschaft. ... Der Begriff des Verdienstes ist hier nicht am Platze.“

(J. Rawls: Gerechtigkeit als Fairness)

6. Schlussgedanke

„Es ist also nicht richtig, dass Menschen mit größeren natürlichen Gaben und dem überlegenen Charakter, der ihre Entwicklung ermöglichte, ein Recht auf ein System der Zusammenarbeit hätten, das ihnen die Erlangung weiterer Vorteile auf Weisen gestattet, die anderen keine Vorteile bringen. Man hat seinen Platz in der Verteilung der natürlichen Gaben ebenso wenig verdient wie seine Ausgangsposition in der Gesellschaft. ... Der Begriff des Verdienstes ist hier nicht am Platze.“

(J. Rawls: Gerechtigkeit als Fairness)